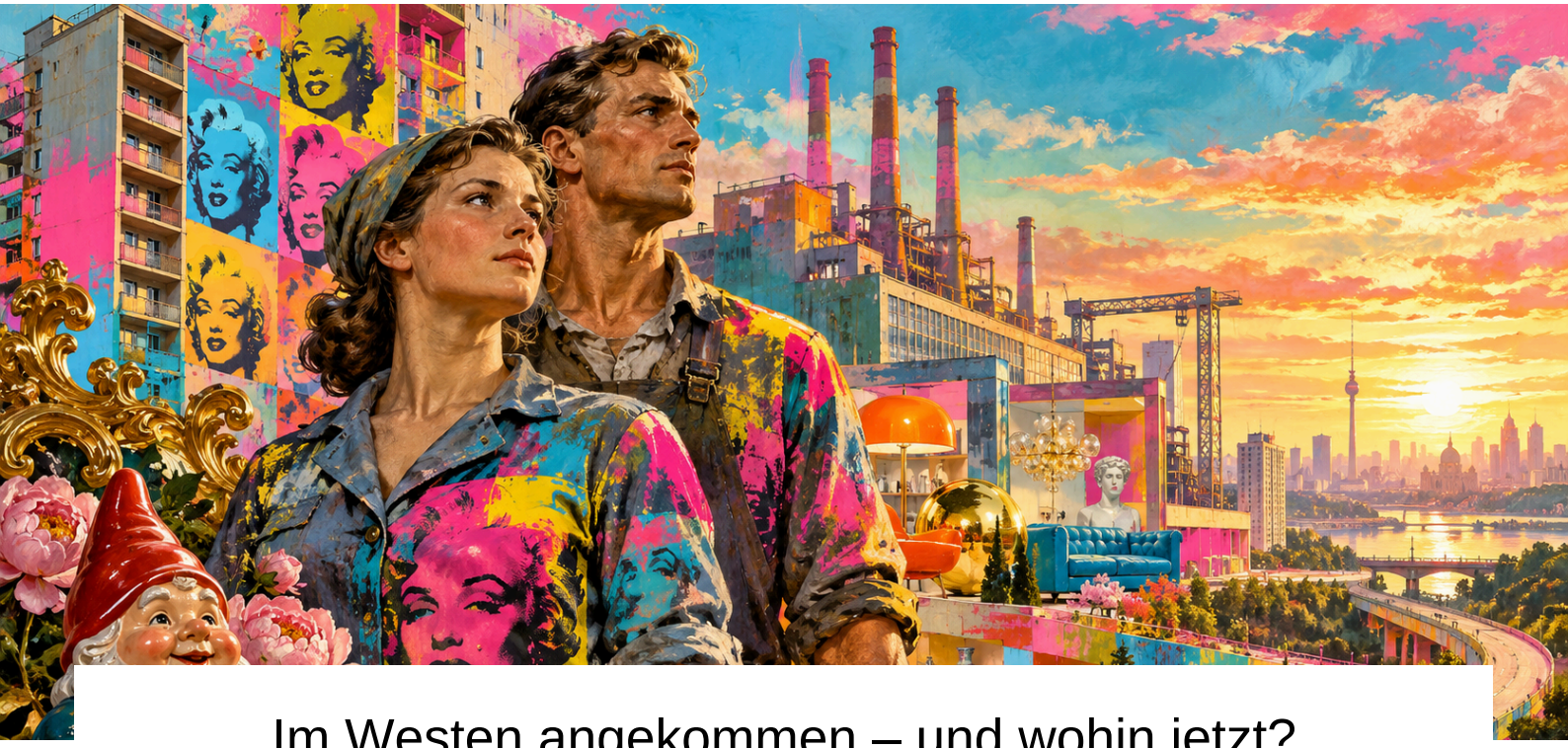
expertenReport



Im Westen angekommen – und wohin jetzt?

Ute Pappelbaum

Vor einem Jahr ging es an dieser Stelle um die Erfahrung des Ostens mit einem Umbruch, der inzwischen auch die alten Sicherheiten des Westens berührt. Zum 36. Jahrestag der Deutschen Einheit stellt sich die nächste Frage: Was bedeutet Ankommen, wenn sich das Ziel verändert? Für eine Branche, die von Sicherheit und langfristiger Vorsorge lebt, ist das mehr als eine philosophische Überlegung.

Im vergangenen Jahr habe ich diesen Weg unter der Überschrift „Vom Osten gelernt, im Westen angekommen“ beschrieben. Heute würde ich das Ankommen mit einem Fragezeichen versehen, denn der Westen, der nach 1990 als Ziel und Maßstab galt, muss sich inzwischen selbst darüber verständigen, worauf seine wirtschaftliche und soziale Sicherheit künftig beruhen soll.

Das macht die Einheit keineswegs kleiner. Es macht ihre Erfahrungen für die Gegenwart interessanter.

Wenn das Ziel der Anpassung selbst in Bewegung gerät

Der Vergleich zwischen dem ostdeutschen Umbruch nach 1990 und den heutigen wirtschaftlichen Veränderungen hat Grenzen. Die Krise eines Industriezweigs ist kein politischer Systemwechsel, und selbst tiefgreifende Reformen bedeuten nicht, dass innerhalb kürzester Zeit eine ganze staatliche und wirtschaftliche Ordnung ersetzt wird.

Dennoch lohnt die Frage, was mit Menschen geschieht, wenn die Grundlagen ihrer Lebensplanung unsicher werden. Ein Beruf ist schließlich mehr als eine Einkommensquelle, ein Betrieb mehr als eine Bilanz und eine Region mehr als ein Standort, dessen Wettbewerbsfähigkeit sich berechnen lässt. An ihnen hängen Erfahrungen, Beziehungen und die Vorstellung, mit der eigenen Arbeit gebraucht zu werden.

Wer Veränderungen ausschließlich als notwendige Anpassung beschreibt, sollte deshalb erklären können, wer sich woran anpassen soll, welchen Einfluss die Betroffenen darauf haben und wer die Kosten trägt. „Transformation“ klingt auf einer Konferenz deutlich aufgeräumter als am Küchentisch einer Familie, die gerade ihre Ausgaben neu rechnen muss.

Aus den ostdeutschen Erfahrungen ließe sich hier etwas lernen. Allerdings sollten wir daraus keine besondere Begabung zum Ertragen ableiten, als hätte ein durchlebter Umbruch die Menschen automatisch für den nächsten qualifiziert. Wer schon einmal Sicherheit verloren hat, muss darüber weder dankbar noch beim nächsten Mal gelassener sein.

Gleiche Regeln schaffen noch keine gleichen Rücklagen

Für Versicherungswirtschaft und Finanzberatung wird diese Frage dort konkret, wo aus gesellschaftlichen Erwartungen monatliche Zahlungen werden. Eigenverantwortung, private Vorsorge und Vermögensaufbau sind vernünftige Ziele, doch sie brauchen wirtschaftlichen Spielraum.

Die Bundesbank weist in ihrer 2025 veröffentlichten Vermögensbefragung für das Jahr 2023 deutliche Unterschiede beim Wohneigentum aus: Im Westen besaßen 45 Prozent der Haushalte Wohneigentum, im Osten 29 Prozent. Die unterschiedlichen Eigentümerquoten tragen nach Einschätzung der Bundesbank zu den Vermögensunterschieden bei. Die Zahlen beschreiben Haushalte nach ihrer Region; sie sind keine Aussage über jeden einzelnen ost- oder westdeutschen Lebenslauf.

Für die Vorsorge ist Eigentum gleichwohl relevant. Wer Rücklagen besitzt, kann einen Einkommensausfall anders überbrücken als jemand, dessen Gehalt bereits für die laufenden Ausgaben gebraucht wird. Wer eine Immobilie erbt, beginnt seine finanzielle Planung unter anderen Bedingungen als jemand, der sie vollständig aus eigener Arbeit finanzieren muss.

Daraus folgt für mich eine einfache Anforderung: Eine Debatte über Eigenverantwortung muss die Möglichkeiten zur Eigenverantwortung mitdenken. Sonst erklären wir finanzielle Unterschiede allzu bequem mit unterschiedlicher Disziplin und behandeln die Sparrate wie eine Charakterprüfung.

Die Einheit lässt sich deshalb auch daran messen, welche Chancen Menschen haben, Sicherheit aufzubauen und an die nächste Generation weiterzugeben.

Was die Rentenangleichung erreicht – und was sie nicht aufheben kann

Wie konkret die deutsche Einheit in unserer Branche geworden ist, zeigt die gesetzliche Rentenversicherung. Seit Juli 2023 gilt in Ost und West derselbe aktuelle Rentenwert; seit Januar 2025 ist auch die Beitragsbemessungsgrenze der allgemeinen Rentenversicherung einheitlich. Damit wurden wichtige Unterschiede in den Berechnungsregeln beseitigt.

Ein gleicher Rentenwert bedeutet allerdings keine gleich hohen individuellen Renten. Er vereinheitlicht den Wert eines Entgeltpunkts, während die persönlichen Ansprüche weiterhin von den jeweiligen Versicherungsverläufen abhängen.

Darin steckt eine Unterscheidung, die auch jenseits der Rente wichtig bleibt: Gemeinsame Regeln können Gleichbehandlung herstellen, ohne die Folgen unterschiedlicher Lebensläufe rückwirkend aufzuheben. Das schmälert den Fortschritt nicht, schützt aber vor der Vorstellung, mit der letzten vereinheitlichten Rechengröße sei auch die gesellschaftliche Aufgabe erledigt.

Gute Beratung muss Veränderungen aushalten können

Für Vermittler und Versicherer stellt sich damit eine praktische Frage: Wie tragfähig ist eine Vorsorgeplanung, wenn das Leben anders verläuft als beim Vertragsabschluss angenommen?

Langfristige Vorsorge reicht oft über Jahrzehnte. In dieser Zeit können Menschen ihren Beruf wechseln, sich selbstständig machen, Angehörige pflegen oder zeitweise weniger verdienen. Eine Planung, die nur unter der Voraussetzung eines gleichmäßigen Erwerbslebens funktioniert, muss sich an diesen Veränderungen messen lassen.

Gute Beratung braucht deshalb Interesse an der wirtschaftlichen Situation eines Menschen, an seinen Verpflichtungen und an dem Spielraum, der tatsächlich vorhanden ist. Dazu gehört, Prioritäten verständlich zu erklären und die Folgen möglicher Veränderungen offenzulegen. Wer jeden verfügbaren Euro langfristig bindet, kann auf dem Papier gut vorgesorgt haben und bei der nächsten unerwarteten Ausgabe trotzdem in Schwierigkeiten geraten.

Gerade einer Branche, deren Verträge weit in die Zukunft reichen, sollte diese Spannung vertraut sein. Sicherheit entsteht auch durch das Wissen, was eine Absicherung leisten kann, wo ihre Grenzen liegen und wie sie sich an veränderte Lebensumstände anpassen lässt.

Nicht jeder gesellschaftliche Verlust lässt sich versichern

Versicherungen können vereinbarte finanzielle Folgen bestimmter Risiken abfedern. Den Verlust beruflicher Anerkennung, das Verschwinden eines vertrauten sozialen Umfelds oder das Misstrauen gegenüber politischen Entscheidungen können sie kaum auffangen.

Diese Grenze sollte die Branche kennen, gerade weil ihr Geschäft auf Vertrauen beruht. Private Vorsorge braucht einen verlässlichen öffentlichen Rahmen, in dem Menschen arbeiten, planen und ihre Entscheidungen nachvollziehen können. Wo dieser Rahmen brüchig erscheint, wird auch das Versprechen einer langfristigen finanziellen Planung schwieriger.

Ebenso wenig darf die Berufung auf Eigenverantwortung zur Ausrede werden, gesellschaftliche Risiken stillschweigend an den Einzelnen weiterzureichen. Wer mehr private Vorsorge verlangt, muss sich fragen lassen, welche Einkommen, Informationen und verlässlichen Bedingungen dafür zur Verfügung stehen.

Das betrifft Ost und West, junge und ältere Menschen, Beschäftigte und Selbstständige. Die Unterschiede verlaufen inzwischen durch Regionen und Generationen hindurch, ohne dass damit die älteren Unterschiede verschwunden wären.

Einheit braucht Interesse am Leben der anderen

Ein Gedanke aus meinem Vorjahresartikel bleibt deshalb bestehen: Die Neugier aufeinander war ungleich verteilt. Wer sich in einem neuen System zurechtfinden musste, hatte wenig Gelegenheit, dessen Regeln und Gewohnheiten zu ignorieren. Wer in vertrauten Verhältnissen weiterleben konnte, musste sich umgekehrt nicht zwingend mit den Erfahrungen der anderen beschäftigen.

Heute könnten wir diese Neugier gemeinsam gebrauchen. Dazu gehört, einen Einwand gegen Veränderungen zunächst als Einwand zu hören und nach seinen Gründen zu fragen. Dazu gehört ebenso, berechtigte Kritik von der Verklärung einer Diktatur zu unterscheiden und wirtschaftliche Sorgen ernst zu nehmen, ohne jede politische Schlussfolgerung aus ihnen zu billigen.

Für eine Branche, deren Beratung mit dem Verstehen unterschiedlicher Lebenssituationen beginnt, sollte dieser Gedanke selbstverständlich sein.

36 Jahre nach der Deutschen Einheit sollten wir weniger darüber urteilen, wer endlich angekommen ist, und genauer darauf achten, wohin wir gemeinsam wollen. Wer Menschen zum Aufbruch auffordert, muss sich auch für das interessieren, was sie dabei verlieren könnten – und dafür, welche Sicherheit sie brauchen, um den nächsten Schritt zu wagen.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport

https://www.experten.de/id/4952252/36-Jahre-Deutsche-Einheit-Angekommen/